

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushaltsplan 2022

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Masino,
sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitbürger,

seit der zurückliegenden Verabschiedung des HHP 2021 erleben wir einen ständigen Wellengang bei unseren kommunalen und auch der öffentlichen Haushalte und Finanzen. Die sich ständig wechselnden und besonderen Umstände der Pandemie haben unsere Beratungen für den vorliegenden Haushalt 2022 erschwert. Nicht zuletzt die virtuelle Form der heutigen Sitzung zur Haushaltsverabschiedung ist ein Indiz dafür. Die Planungssicherheit für das nächste und die zukünftigen Jahre ist nicht mehr gegeben. Und dies in einer andauernden Phase einer Haushaltskonsolidierung, die wir nunmehr seit über 5 Jahren durchlaufen.

Das von unserem Kämmerer, Herrn Thomann, eingeführte Verfahren der mehrstufigen Haushaltsvorberatungen hat es uns ermöglicht, unsere Änderungswünsche zum ursprünglichen Entwurf frühzeitig einzubringen. Diesen wurde größtenteils Rechnung getragen. Die CDU-Fraktion hat deshalb auf zusätzliche Antragstellungen zum Haushalt verzichtet.

Lassen Sie mich zuerst einen kurzen Blick auf die allgemeine Finanzsituation der Gemeinde werfen und zu einigen speziellen Haushaltspositionen Stellung beziehen.

Mit einem erheblichen **Defizit von 4,8 Mio. €** schließt der **Ergebnishaushalt** ab. Das heißt, **wir geben erneut deutlich mehr Geld aus, als wir einnehmen**. Oder, wie der Kämmerer es formuliert hat: „**Wir leben von der Substanz.**“

Diese Liquiditätslücke kann nur geschlossen werden, indem wir auf Rücklagen aus „besseren Jahren“ zurückgreifen. Auch der Ausblick in die Folgejahre kann uns nicht optimistisch stimmen. Dies auch im Hinblick auf die zu erwartenden Forderungen aus dem Rechtsstreit mit dem KVBW.

Die Steuereinnahmen sind durch die Pandemiesituation nicht mehr verlässlich kalkulierbar. Besonders spüren wir dies bei der **Gewerbesteuer**. Mit **Gewerbesteuerrückerstattungen aus 2020** von nahezu **3,4 Mio. €** müssen wir rechnen.

Auch bei der **Grundsteuer** ist der Blick in die Zukunft schwierig. Das nach der **Erhöhung des Hebesatzes in 2020** erzielte Ergebnis von **2,3 Mio. €** sollte auch nach der bevorstehenden **Reform ab 2025** weiter erzielt werden können. Eine gewisse Verunsicherung, wie sich denn die Grundsteuerreform auswirken wird, ist vor allem auch bei den privaten Eigentümern spürbar.

Der erfreuliche Aspekt, dass der Kreistag die Senkung der **Kreisumlage** auf **27,5 %-Punkte** beschlossen hat, wird getrübt von der in Aussicht gestellten deutlichen Anhebung in den Folgejahren.

Bei der **Einkommensteuer** zeichnet sich nach dem pandemiebedingten Rückgang in 2021 wieder eine **moderate Erhöhung für 2022 und die Folgejahre** ab. Die allgemeinen Wirtschaftskennzahlen zeigen wieder in eine positive Richtung. Hoffen wir, dass es so kommen wird.

Bei den **Personalkosten** planen wir nach einer **kurzen Phase des begrenzten Anstiegs** wieder einen deutlichen **Zuwachs um + 469 T€** auf dann über **7,5 Mio. €**. Hier befinden wir uns mit unseren unterjährigen Beschlüssen im Gemeinderat in einem permanenten Spagat. Auf der einen Seite wird von der Gemeindeverwaltung der immer wieder aufgezeigte **Personalbedarf als dringlich begründet**, was in der Regel dann unsere Zustimmung nach sich zieht. Auch für **2022** ist wieder ein **Zuwachs von 3 Stellen** gegenüber dem laufenden Jahr geplant. Und auf der anderen Seite vermissen wir, dass die durchgeführte **Organisationsstudie** eine messbare Auswirkung und nachhaltige Wirkung zeigt.

In den zurückliegenden Wochen haben wir uns z. B. intensiv mit den dringend anstehenden **Projekten** und der dafür begrenzt vorhandenen Personalressource im **Tiefbaubereich des Technischen Amtes** auseinandergesetzt.

Seit Jahren wissen wir, dass wir einen **erheblichen Sanierungsstau** bei unseren Ortsstraßen und Neubaumaßnahmen im Hochwasserschutz haben. Ich nenne hier nur exemplarisch das RÜB Hintern Zaun und die Waldstraße in Busenbach, die St.-Bernhard-Straße in Etzenrot und das RÜB in der Mannheimer Straße in Reichenbach. Auch der Kirchplatz in Busenbach steckt in diesem Sanierungsstau, und die ablehnende Position der Gemeindeverwaltung dazu macht uns Sorge.

Die nun **vorgezogene Maßnahme** in der **Pforzheimer Straße** verschiebt die anderen dringenden Maßnahmen teilweise über Jahre nach hinten. Nachvollziehbar ist, dass die Gemeindeverwaltung das Angebot des Landkreises angenommen hat, die Sanierung der Fahrbahndecke vorzuziehen. Allerdings ist uns die **einfache Lösung**, alle anderen Projekte deshalb **nach hinten zu verschieben**, zu kurz gedacht. Wir haben in den zurückliegenden Jahren besonders im Technischen Amt durchweg die ausscheidenden Mitarbeiter ersetzt, die Personalkapazität erhöht und die Stellen auch qualitativ angehoben. Ein zählbares Ergebnis sehen wir bis jetzt leider nicht. Wir erwarten Vorschläge, wie das eine oder andere **dringende Projekt** durch einen flexibleren Personaleinsatz doch noch in die Planung mit aufgenommen werden kann.

Waldbronn ist derzeit eine einzige **große Baustelle**. Die parallel ablaufenden Baumaßnahmen im **Rück II** und beim **Aldi-Projekt** beeinträchtigen nicht nur das Durchkommen in der Talstraße, sondern auch die Stimmung bei unseren Mitbürgern. Erfreulich ist zu sehen, dass viele der privaten Bauherren mit ihrem Hausbau begonnen haben und somit das Baugebiet Rück II sich bald mit noch mehr Leben erfüllen wird. Nahezu **1.000 neue Bewohner** werden in diesen beiden Baugebieten im Endausbau wohnen. Wir hoffen dabei, dass sie die Nähe zum Ortszentrum und zu den Nahversorgern schätzen lernen und die Besorgungsgänge im Wesentlichen zu Fuß oder mit dem Fahrrad erledigen werden. Dafür müssen wir aber dringend regeln, wie dafür ein **sicherer Verkehrsfluss** aussehen kann. Derzeit sorgt die verfügbare geringe Straßenbreite noch für zusätzliche Kritik bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Das **Mehrgenerationenprojekt** mussten wir leider aus bekannten Gründen aufgeben. Die neuen Überlegungen zur Aufteilung des Grundstücks in zwei Teilprojekte, nämlich Kita und Wohnen, werden von uns unterstützt. Dabei hat für uns das Kita-Projekt absoluten Vorrang und muss zügig verfolgt werden.

Lassen Sie mich nun einige generelle Anmerkungen zur Haushaltskonsolidierung machen:

Die Finanzierung unserer Projekte mit einem Investitionsvolumen von 6 Mio. € erfolgt zum Teil mit **Grundstückserlösen aus dem Baugebiet Rück II** in Höhe von 3,4 Mio. €. Dieser **Kuchen ist dann aber endgültig aufgegessen**. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen.

Pandemiebedingt waren die Aktivitäten der Haushaltsstrukturkommission (HSK) im laufenden Jahr sehr eingeschränkt: Der Gemeinderat hat zwar eine **Rangliste der prioritären Themen** erarbeitet. Diese konnten allerdings nur ansatzweise bearbeitet werden. Dies muss sich im neuen Jahr ändern.

Vom Gemeinderat am höchsten bewertet war das **Thema Feuerwehr**. Die Behandlung in der HSK wurde aufgrund des Bürgerbegehrens und des erfolgten Bürgerentscheids vorerst zurückgestellt. Hier gilt es im neuen Jahr, neben einer erneut zu führenden Diskussion und einer möglichen Entscheidung zum Standort für ein neues Feuerwehrhaus, auch die zukünftige Aufstellung der Waldbronner Feuerwehr auf die Agenda zu nehmen. **Die Uhr dreht sich weiter**. Das neu beschaffte **Drehleiterfahrzeug** wurde inzwischen in Betrieb genommen. Das ebenfalls als Ersatzbeschaffung anstehende **Löschfahrzeug** wird nächste Woche ausgeliefert. Mit der Zustimmung zur Aufnahme der Stelle eines **hauptamtlichen Gerätewarts** in den Stellenplan verbinden wir auch die berechtigte Hoffnung, dass wir damit in unserer ehrenamtlich geführten Feuerwehr eine deutliche Verstärkung bekommen. Dabei wird es allerdings nach unserer Einschätzung auf Dauer nicht bleiben.

Eine ebenfalls hohe Priorität für die HSK hat die **Kinderbetreuung** insgesamt bekommen, und ist auch für unsere Fraktion sehr wichtig. Aber, allein im Haushaltsjahr 2022 **erhöhen sich die Zuschüsse** an die Kindergartenträger um weitere **+ 600 T€**. Wenn man die **Betreuung in den Kitas**, durch den **Tageselternverein** und die **Hortbetreuung** zusammenzählt, sind wir inzwischen bei einem **jährlich echten Fehlbetrag von ca. 5,6 Mio. €** angelangt. Und das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Dabei handelt es sich um jährlich wiederkehrende Kosten mit deutlich steigender Tendenz. Für die bereits im Bau befindlichen Erweiterungen für den **Hort an der Waldschule** und für den **Neubau der Kita in Etzenrot** sowie für die geplante **6-gruppige Kita im Rück II** werden wir nicht nur im **Investitionshaushalt** erhebliche Klimmzüge machen müssen. Auch der **Ergebnishaushalt** wird mit den dadurch entstehenden **jährlichen Folgekosten** dauerhaft und zusätzlich belastet.

Mit einem **zusätzlichen Schulangebot** werden wir uns zeitnah befassen müssen: der **Ganztagsgrundschule**. Sie wurde uns mit dem Einstiegsschuljahr 2026/27 durch den Gesetzgeber vorgegeben. Dazu haben Studentengruppen der Hochschule Kehl in den zurückliegenden Monaten Fallstudien erstellt, die uns am vergangenen Freitag präsentiert wurden. Zu den dabei entwickelten **Handlungsempfehlungen** sehen wir allerdings noch einen **erheblichen Diskussionsbedarf**.

Zwei weitere Themen wurden vom Gemeinderat an die HSK zur Bearbeitung weitergegeben: die Analyse der **Pacht- und Mietverträge** und der **Verwaltungsgebühren**. Bei beiden Themen gilt es, einen kritischen Blick darauf zu werfen, ob wir hierbei **kostendeckend arbeiten**. Den jährlich steigenden Aufwendungen müssen auch **regelmäßige Gebühren und Pachtanpassungen** folgen. Ein zu langes Warten holt uns dabei regelmäßig ein. Wir tun uns immer wieder schwer, die dann notwendigen deutlichen Anpassungen auch zu beschließen. Das können und das müssen wir ändern.

Ein besonderes Anliegen von uns ist es, ernsthaft in Frage zu stellen, ob es notwendig ist, eine untere **Baurechtsbehörde** in Waldbronn vorzuhalten. Keine Gemeinde unserer Größenordnung im Landkreis leistet sich das. Und dies nur als hervorragenden Bürgerservice darzustellen, wie es die Gemeindeverwaltung in regelmäßigen Abständen getan hat, ist uns zu wenig. Und es ist auch nicht nur eine Betrachtung der Höhe der Baugenehmigungsgebühren. Fakt ist, dass der **Gemeinderat, oder der AUT** als beschließender Ausschuss, **keine Entscheidungshoheit bei Bauangelegenheiten** haben. Dies führt immer wieder zu erheblichen Frustrationen bei uns Gemeinderäten. Die Entscheidungshoheit in Baurechtsfragen liegt nun mal beim Baurechtsamt - oder besser gesagt: beim Bürgermeister.

Wenn die Diskussion um eine **Rückverlagerung an das Landratsamt**, wie jetzt gerade wieder geschehen, immer dann erfolgt, wenn in größerem Umfang Baugebiete gerade erschlossen sind und Baugenehmigungen mit entsprechend hohem Gebührenaufkommen vorliegen, verzerrt dies das langjährige und reale Bild. Rück II wird, wie man sieht, sehr schnell bebaut sein. Und dann? Eine Rückverlagerung der Baurechtsbehörde zum Landratsamt bedarf auch einer **mehnjährigen Vorbereitung und Absprache. Dies ist allerdings unser erklärtes Ziel**. Deshalb muss man jetzt die entsprechenden Entscheidungen vorbereiten und dann auch treffen.

Unabhängig von den dringend zur Bearbeitung anstehenden Themen der HSK hat das Thema der **Tourismusentwicklung** in unserer Gemeinde durch die von der **START-Studie** erarbeiteten Ergebnisse und Vorschläge in den letzten Wochen an Aktualität gewonnen. Ich habe im vergangenen Jahr an dieser Stelle bemängelt, dass nicht zeitgleich mit der durchgeführten **Organisationsstudie** für die Gemeindeverwaltung auch die **Kurverwaltung**, im gleichen Haus befindlich, mit untersucht wurde.

Die START-Studie hat nun, wie zu erwarten war, neben anderen wichtigen Erkenntnissen, ergeben, dass es bei der Kurverwaltung **deutliche Strukturdefizite** gibt. Neben der personellen Unterbesetzung ist auch die Entwicklung einer langfristigen Tourismuskonzeption dringend geboten. Die Bereitstellung der dafür notwendigen Finanzmittel unterstützen wir. Der Kurbeirat, wie auch der Gemeinderat in letzter Entscheidung, haben dabei ganz maßgeblich mitzuwirken. Die weitere **externe Beratung** sehen wir für den nächsten Schritt als erforderlich an.

Kritische Rückmeldungen aus der Bevölkerung geben uns Recht, dass das Bewusstsein der wirtschaftlichen Bedeutung der Gesundheits- und Tourismusbranche weitestgehend unterschätzt wird. Hier gilt es, mit einem **positiven „Innenmarketing“** unsere Bevölkerung breiter aufzuklären.

Als letzten Punkt möchte ich unsere **Friedhöfe** ansprechen:

Für alle drei Friedhöfe haben wir Sanierungs- bzw. Erweiterungskonzepte vorliegen und sind bei der Umsetzung. Dafür haben wir bereits viel Geld ausgegeben und werden auch in den kommenden Jahren noch sehr viel ausgeben müssen. Unser Anliegen war und ist es, für alle drei Friedhöfe bei den anstehenden Arbeiten mit zu berücksichtigen, dass für viele Mitbürger der Friedhof ein Ort der Ruhe, der Trauer und Besinnung, aber auch ein **Ort der Begegnung** ist, der bei der Bevölkerung einen wichtigen Stellenwert hat und für unsere Gemeinde soziale, kulturelle und historische Funktionen erfüllt. Wir haben in Waldbronn sehr hohe Friedhofsgebühren. Deshalb haben wir bereits im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, dass wir auch einen **hohen gestalterischen und bürgerfreundlichen Anspruch** an unsere Friedhöfe haben. Mit der uns vorgelegten Planung für die Erweiterung des Busenbacher Friedhofs sehen wir diese Erwartung erfüllt. Auch in Etzenrot werden wir durch die beschlossene Neugestaltung, besonders im Bereich vor der Aussegnungshalle, eine deutliche Verbesserung erfahren.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Thomann,

seit nunmehr **5 Jahren** befassen wir uns regelmäßig mit der **Konsolidierung unseres Haushalts**. Die schwierige finanzielle Situation hat sich leider auch mit dem Haushalt für 2022 nicht verbessert. Aber es muss weitergehen, um die **Finanzen der Gemeinde** langfristig auf stabile Beine zu stellen. Deshalb erwarten wir, dass wir zum Jahresbeginn ernsthaft über weitere **konkrete Konsolidierungsmaßnahmen** diskutieren und diese am Ende hoffentlich auch in einem gemeinsamen Konsens beschließen.

Unsere konstruktive Mitarbeit hierzu sagen wir nach wie vor zu.

Lassen Sie mich nun zu Ende kommen:

Der vorliegende Haushalt ist eine Fortschreibung des Status Quo. Begonnene Projekte werden weitergeführt, neue Projekte leider nur im sehr begrenzt möglichen Umfang aufgenommen. In manchen Fällen hätten wir von der Gemeindeverwaltung kreativere Vorschläge erwartet. Oftmals hatten wir den Eindruck, dass wir die Gemeindeverwaltung bei der Bearbeitung von Projekten „vor uns hertreiben mussten“.

Wir anerkennen aber auch die besondere Situation, in der unter pandemischen Bedingungen die laufenden Arbeiten erledigt werden mussten.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorliegenden HHP für 2022 und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung zu.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürger,

die Pandemie hat das öffentliche Leben und auch die Zusammenarbeit von uns kommunalen Entscheidern erheblich beeinträchtigt.

Leider ist auch der Kontakt mit den zahlreichen **ehrenamtlich tätigen Mitbürgern** in den vielen Vereinen, Verbänden und Organisationen nicht so möglich gewesen, wie wir uns dies gewünscht hätten. Ihnen gilt unser spezieller Dank für ihren unermüdlichen Einsatz in dieser schwierigen Zeit. Wir ermutigen sie, ihr freiwilliges **Engagement für unsere Gemeinde** fortzusetzen. Das ist für das gesellschaftliche, kulturelle und sportliche Geschehen in Waldbronn äußerst wichtig und verdient die dauerhafte Unterstützung durch die Politik. Dafür werden wir uns auch künftig einsetzen. Herzlichen Dank dafür.

Es bleibt mir nur noch, **Ihnen allen** und auch **unseren Mitbürgern** ein **frohes und besinnliches Weihnachtsfest** und einen hoffentlich **gesunden und guten Start im neuen Jahr 2022** zu wünschen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Roland Bächlein, Vorsitzender der CDU-Gemeinderatsfraktion

